

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 18.02.2008, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 11.02.2008

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.01.2008**
- TOP 4 Sanierungsarbeiten Rathaus
Vorlage: 2008/014**
- TOP 5 Sanierung Grundschule Hahn-Lehmden
Vorlage: 2007/263**
- TOP 6 Energiesparmaßnahmen; Einsatz von Fotovoltaik auf Dächern kommunaler Einrichtungen
Vorlage: 2008/001**
- TOP 7 Bebauungsplan 63 F- Wahnbek - Hohe Brink
Vorlage: 2008/009**
- TOP 8 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2008/014

freigegeben am 06.02.2008

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 30.01.2008

Sanierungsarbeiten Rathaus

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	18.02.2008	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	04.03.2008	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Sanierungsarbeiten im Rathaus Rastede werden auf der Grundlage der Variante 1 unter Berücksichtigung der Massnahmen im Außenbereich durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Für das Haushaltsjahr 2007 waren der Ersatz des Treppenhausfassadenelementes, die Erfüllung der brandschutztechnischen Auflagen und die damit verbundenen Sanierungsarbeiten auf den Fluren vorgesehen und mit 147.000 € berücksichtigt worden. Am 19.02.2007 hat die CDU-Fraktion den Antrag auf Prüfung des Einbaues eines Fahrstuhles gestellt.

Die Erfüllung der brandschutztechnischen Auflagen ist im Zusammenhang mit dem möglichen Einbau eines Fahrstuhles zu sehen, damit von einander abhängige Maßnahmen frühzeitig erkannt und berücksichtigt werden können.

Kernpunkte der Forderungen des vorbeugenden Brandschutzes sind die Abschottung des Treppenhauses zu den Fluren, der Einbau einer Sicherheitslichtanlage, die Rettungswegkennzeichnung sowie der Einbau von Rauchabzugsöffnungen in der Treppenhausfassade. Außerdem sind Veränderungen am Geländer und Handlauf der bestehenden Treppenanlage erforderlich.

Bezüglich des Fahrstuhles hat es bereits verwaltungsseitig Überlegungen zu einem früheren Zeitpunkt gegeben, die allerdings bei der Festlegung der Prioritätensetzung für die Gemeinde insgesamt nicht berücksichtigt wurden; gleichwohl spricht eine Reihe von Gründen für dessen Realisierung. So sind u.a. durch Aufgaben insbesondere des Geschäftsbereiches für Arbeit und Soziales (Arbeitsvermittlung / Standesamt) publikumsintensive Verwaltungsbereiche im I. Obergeschoss angesiedelt.

Für den Einbau eines Fahrstuhles wurden drei Alternativen mit weiteren Varianten erstellt.

Die **Alternative 1** ist der Einbau einer Aufzugsanlage im bestehenden Treppenhaus. Das Erscheinungsbild des Treppenhauses bliebe dadurch im Kern erhalten, wenngleich durch die Schaffung von Büros im Bereich des Treppenhauses und notwendiger Veränderungen am Treppengeländer auch hier optische Eingriffe erforderlich werden. In den nachstehend dargestellten Kostenvergleichen wurde von einem Fahrstuhl ausgegangen, der an den Stirnseiten über eine Verglasung verfügt, damit die Belichtung im Treppenhaus nicht zu stark reduziert wird.

Bei der **Alternative 2** wurde die Entfernung des bestehenden Treppenhauses und Ersatz mit geschlossenem Fahrstuhl gerechnet. Vorteil wäre hier die einfachere Abschottung aus brand-schutztechnischer Sicht parallel zu den Längsseiten des Rathauses.

Die **Alternative 3** wäre der Anbau eines Fahrstuhles an der Nordseite des Rathauses. Diese Lösung bringt bautechnisch keine wesentlichen Vorteile.

Lage des Fahrstuhles	Baukosten	Vor-/Nachteile
Alternative 1	398.000 €	+ kostengünstige Alternative + zentrale Lage im Haus + „Erhalt“ der Optik - RS ¹⁾ -Türen zwischen den Fluren - Einschränkung der Wartezonen - Einschränkung der Belichtung im Treppenhaus
Alternative 2	459.000 €	+ keine RS ¹⁾ -Türen in den Hauptverkehrswegen + keine Einschränkung der Wartezonen + Belichtung in den Fluren wird nicht wesentlich eingeschränkt + Wartezonen bleiben erhalten - deutlich höhere Kosten - Optik des Treppenhauses wird vollständig verändert
Alternative 3	450.000 €	+ kaum Einschränkungen während der Bauzeit - schlechte Erschließung für Nutzer des Fahrstuhls - RS ¹⁾ -Türen zwischen Fluren

1) RS-Türen = Rauchschutztüren

Bei Abwägung und Gewichtung der Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten schlägt die Verwaltung die Alternative 1 zur Umsetzung vor. Die organisatorischen Vorteile der Alternative 2 sind angesichts der Mehrkosten von 60.000 € nicht zu begründen.

In den dargestellten Gesamtkosten sind die Anteile für die reine Maschinentechnik des Aufzuges nur ein geringer Teil. Die Gesamtkosten setzen sich aus dem Ersatz des Fassadenfenserelementes, den brandschutztechnischen Maßnahmen, dem Umbau einer WC-Anlage zum Behinderten-WC, der Erweiterung des Parkplatzes, der Veränderung an der Nordseite des Rathauses und dem Einbau von Akustikdecken auf den Fluren zusammen.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltsplan stehen 300.000 € für 2008, sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200.000 € zur Verfügung.

Anlagen:

Anlage 1 – Variante 1

Anlage 2 – Variante 2

Anlage 3 – Variante 3

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/263

freigegeben am 28.11.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Wolfgang Röttgers

Datum: 22.11.2007

Sanierung Grundschule Hahn-Lehmden

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.02.2008	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	19.02.2008	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

In der Grundschule Hahn-Lehmden sollte im Jahre 2007 der erste Bauabschnitt zur Sanierung der Beleuchtungsanlagen im Rahmen des Energiesparkonzeptes durchgeführt werden.

Vor der Umsetzung des Bauvorhabens wurde zum Abgleich sich bedingender Maßnahmen eine Brandschau durch den Landkreis Ammerland sowie eine Begehung durch den Gemeindeunfallversicherungsverband durchgeführt. Zusätzlich wurde auch von der Fachkraft für Arbeitssicherheit eine Überprüfung des Gebäudes vorgenommen.

Bei diesen Begutachtungen stellte sich heraus, dass umfassende Brandschutzmaßnahmen sowie sicherheitsrelevante Umbauten notwendig sind, die Einfluss auf die energetische Sanierung des Gebäudes haben könnten. Aus diesem Grunde wurde eine Studie zur energetischen Sanierung der Grundschule Hahn-Lehmden unter Berücksichtigung der Maßnahmen aus den o. g. Überprüfungen sowie für die Maßnahmen der Haustechnik beauftragt.

Es stellte sich heraus, dass die notwendigen Maßnahmen aus den Brand- und Sicherheits-schauen Kosten von insgesamt ca. 500.000,- € verursachen würden. Aus diesem Grunde wurde zunächst die Sanierung der Beleuchtungsanlage zurückgestellt.

Die sicherheitstechnischen Maßnahmen sind umgehend, also mindestens vorrangig vor der energetischen Sanierung, durchzuführen.

Neben den sicherheits- und brandschutztechnischen Maßnahmen könnten als wirtschaftlich sinnvolle Ergänzungen folgende Maßnahmen in Betracht kommen:

- Sanierung der Außenwände durch Hohlschichtdämmung und Sanierung der Betonrahmen mit einem Wärmedämmverbundsystem. Die Amortisationszeiten liegen überschlägig zwischen 5 und 12 Jahren.
- Vor Dämmung der Hohlschicht ist es zweckmäßig, die vorhandenen, zum Teil einfachverglasten Stahl- und Holzfenster auszutauschen. Die Amortisationszeiten liegen zwischen 15 und 30 Jahren, sind jedoch aus technischen Gründen vor Einbringung einer Hohlschichtdämmung auszutauschen.
- Im Bereich der obersten Geschossdecke ist das Dach beim Gebäude zur Sporthalle insgesamt nachzudämmen. Die Amortisationszeit dürfte hier zwischen 10 und 15 Jahren betragen.
- Die Nachdämmung der Kellerdecken ist aufgrund der vorhandenen komplexen Leitungsführung und der damit verbundenen Problematik nicht sinnvoll. Außerdem liegt die Amortisationszeit in einem Bereich von 25 und 40 Jahren.
- Sofern eine statische Überprüfung die Möglichkeit zur Erstellung einer Fotovoltaikanlage eröffnet, könnte eine Anlage mit 30 kW erstellt werden. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist noch detailliert zu ermitteln.

Die Investitionskosten für die Energiesparmaßnahmen würden sich vorbehaltlich einer weiteren und detailgenaueren Überplanung ebenfalls in der Größenordnung von geschätzt 350.000 €bewegen. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird nach der weitergehenden Planung aller Maßnahmen erstellt werden.

In diese Überlegungen wird auch die Raumbedarfssituation der Schule als solches unter Berücksichtigung der Bevölkerungsprognose einbezogen werden müssen. Zeitnah wird deshalb die Vergabe eines entsprechenden Planungsauftrages vorbereitet.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2008 für die weiteren planerischen Untersuchungen zur Verfügung.

Anlagen:

keine

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2008/001

freigegeben am 03.01.2008

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 10.01.2008

Energiesparmaßnahmen; Einsatz von Fotovoltaik auf Dächern kommunaler Einrichtungen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	18.02.2008	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	04.03.2008	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die bisherigen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Bereits im November 2002 haben sich der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen, sowie der Verwaltungsausschuss mit der Thematik zur Vermietung von gemeindeeigenen Flachdächern zur Aufstellung von Fotovoltaikanlagen befasst und die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob die Flachdächer der gemeindeeigenen Gebäude an Investoren vermietet werden können, die im Bereich regenerativer Energien tätig sind.

Zunächst hat die Verwaltung dieses Angebot Unternehmen aus Rastede mündlich unterbreitet. Es gab außer vereinzelt Nachfragen jedoch keine positiven Reaktionen. Das Angebot der Verwaltung an potenzielle Investoren war in so weit nicht konkret, da es keine Überlegungen über die Höhe des Mietzinses für die Dächer, keine Planung über den Sanierungszeitraum der Dächer und keine Prüfung hinsichtlich der statischen Voraussetzungen gab.

Die Verwaltung hat nunmehr, wie auch schon bei den Beratungen zu diesem Thema angekündigt, im Zusammenhang mit dem Energiemanagement eine erste Überprüfung der Nutzung von allen Dächern, also auch der Steildächer, vorgenommen. Als Grundlage wurden die von Ingenieurbüros übermittelten Daten für die Investition und den Stromertrag verwendet.

Ideal für den Wirkungsgrad von Fotovoltaikanlagen ist eine Südausrichtung und eine Dachneigung von 20° bis 40°. Alle Dächer, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, bzw. in der Dachausrichtung um mehr als 40° nach Osten oder Westen abweichen, blieben bei dieser Erstbetrachtung unberücksichtigt. Zur Erreichung der Dachneigung von mindestens 20° wurden für die Flachdächer Aufständereien in die Investitionskosten eingerechnet. Bei der Er-

mittlung des Ertrages wurden Minderungen durch Verschattung oder durch ungünstige Dachausrichtung berücksichtigt.

Eine Überprüfung der statischen Verhältnisse der vorhandenen Dächer wurde zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

Von den insgesamt 40 kommunalen Liegenschaften entsprachen 28 Gebäude nicht den vorstehend genannten Vorgaben. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der verbliebenen Liegenschaften wurde entsprechend der vorhandenen Dachflächen bis zu einer Größe von 30 kWp durchgeführt. Für diese Gebäude wurde der Bau einer Fotovoltaikanlage in 2009 angenommen mit einer über 20 Jahre konstanten Einspeisevergütung von 44,41 Cent/kWh. Die Lebensdauer solcher Fotovoltaikanlagen sind mit 25 Jahren anzunehmen.

Das Ergebnis ist in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Gebäude	Anlagengröße	Bau 2009, wirtschaftlich ab
Grundschule Hahn-Lehmden	30 kWp	2027
Grundschule Kleibrok	21 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
Grundschule Leuchtenburg	8 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
Grundschule Wahnbek	25 kWp	2028
Hallenbad	12 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
KGS	30 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
Alte Feuerwehr	7,5 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
Kindergarten Marienstraße	12 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
Sporthalle Wahnbek	30 kWp	2027
Vereinsheim Mühlenstraße	5 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
Grundschule Feldbreite	23,3 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich
Sporthalle Feldbreite	30 kWp	Bis 2028 nicht wirtschaftlich

Anlagen mit >30 kWp wurden nicht untersucht, da die Einspeisevergütung ab dieser Größe reduziert wird und eine Abnahmeverpflichtung seitens des Energieversorgungsunternehmens (EVU) nicht besteht. Hier müsste im konkreten Fall eine detaillierte Untersuchung aufgestellt und im Bedarfsfalle mit dem EVU verhandelt werden.

Eine Vergütung über das 20. Jahr hinaus wurde nicht berücksichtigt, würde sich aber selbstverständlich für jede Liegenschaft günstiger darstellen. Auch wurde bei keiner der aufgestellten Untersuchungen der „Zuschuss“ der Gemeinde in Höhe von ca. 11.000 € durch Verzicht auf den „Ökostrombezug“ eingerechnet.

Interessant kann es für Investoren oder andere Gesellschaftsformen unter Beteiligung der Gemeinde sein, wenn durch steuerliche Vorteile, insbesondere durch die Mehrwertsteuerrück-erstattung, eine Wirtschaftlichkeit darstellbar ist. In der Anlage 2 ist die Wirtschaftlichkeitsbe-rechnung am Beispiel der KGS dargestellt. Alternativ zu einer Investition durch die Gemeinde wurde eine Berechnung mit einer Investition ohne Mehrwertsteuer durchgeführt. Während bei einer gemeindlichen Investition die Wirtschaftlichkeit in den ersten 20 Jahren nicht besteht, so würde bei einer entsprechenden Investition ohne Mehrwertsteuer eine Wirtschaftlichkeit bei Bau in 2009 in 2027 darzustellen sein.

Die steuerliche Prüfung für dieses Konstrukt ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Hierüber wird zu gegebener Zeit zu berichten sein. Festzustellen ist allerdings jetzt schon, dass wegen der zusätzlichen Investitionen für die Flachdachaufständungen, eine Wirtschaftlichkeit die-ser Dachform nicht gegeben sein dürfte. Insoweit erklärt sich auch die fehlende Bereitschaft von Investoren, in solche Anlagen zu investieren. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Sanie-rungszeitraum bei einer Dachhaut auf einem Flachdach kürzer ist als bei einem Steildach und somit eher die Notwendigkeit des Umbaus der Fotovoltaikanlage gegeben sein dürfte.

Für eine weitere Betrachtung müssten für die Gebäude, die eine Wirtschaftlichkeit im Untersuchungszeitraum erreichen, weitere Berechnungen durchgeführt werden. Der nächste Schritt ist die Überprüfung der statischen Verhältnisse und die Untersuchung des Sanierungsbedarfes des Daches bzw. der Dachhaut.

Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen Kosten für die statischen Untersuchungen und für die konkretere Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Die Ausgaben können zunächst durch die Haushaltsstelle Tiefbauplanung gedeckt werden. Soweit es sich um maßnahmenbezogene Aufwendungen mit entsprechenden Investitionen handelt, wären diese gesondert zu veranschlagen.

Anlagen:

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2008/009

freigegeben am 18.01.2008

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Guido Zech

Datum: 18.01.2008**Bebauungsplan 63 F- Wahnbek - Hohe Brink****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.02.2008	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	19.02.2008	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 63 F – Wahnbek – Hohe Brink örtlichen Bauvorschriften und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 11.02.2008 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 63 F – Wahnbek – Hohe Brink nebst Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 16.10.2007 (Beschlussvorlagen Nr. 2007/165) ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt worden. Außerdem hat auch Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange stattgefunden.

Von den Behörden äußerte sich der Landkreis Ammerland kritisch gegenüber den Aussagen des Lärmgutachtens und möglicher Widersprüche zu einem vorherigen Gutachten für das süd-

lich angrenzende Plangebiet des Bebauungsplanes 63 E. Dies führte zu einer Überarbeitung des aktuellen Lärmgutachtens, welches dem Landkreis im Rahmen der Beteiligung vorgelegt werden wird. Die Überarbeitung hat ergeben, dass die Lärmbelastung im Plangebiet verträglich ist.

Seitens der Bürger haben zwei Eigentümer von an der Straße Hohe Brink gelegenen Grundstücken um Einbeziehung ihrer Grundstücke in den Bebauungsplan gebeten. Es wird vorgeschlagen, diesem Wunsch nicht nachzukommen, um den vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieb Hoting auf der diesen Grundstücken gegenüberliegenden Straßenseite nicht weiter einzuschränken. Die gegenwärtig im Außenbereich gelegenen Grundstücke begrenzen den Landwirt bereits heute in immissionsschutzrechtliche Sicht (Lärm) in seinen Tätigkeiten auf dem Hofgrundstück. Eine Ausweisung dieser Grundstücke als Allgemeines Wohngebiet würde den Landwirt daher erheblich beeinträchtigen. Es wird daher vorgeschlagen, die Interessen des Landwirtes höher als die der beiden Grundstückseigentümer zu gewichten.

Mehrere Anlieger im Neubaugebiet wenden sich gegen die Überplanung der im bereits rechtskräftigen Bebauungsplan 63 E festgesetzten Obstwiese zur Wohnbaufläche (Allgemeines Wohngebiet). Die Obstwiese wurde seinerzeit im Bebauungsplan 63 E festgesetzt, da die immissionsschutzrechtlichen Voraussetzungen (Geruch) aufgrund des landwirtschaftlichen Betriebes Hoting eine Bebauung nicht zuließen. Mittlerweile wurde vom Land Niedersachsen eine neue Geruchsmissionsschutzrichtlinie erlassen, bei deren Anwendung nun eine Bebaubarkeit möglich ist. Die Gemeinde setzt insofern ihre ursprüngliche Absicht, auch das gegenwärtig als Obstwiese dargestellte Grundstück bebauen zu wollen, fort. Hinsichtlich der weiteren Argumentation in diesem Zusammenhang wird auf den Abwägungsvorschlag (siehe Anlage 1) verwiesen.

Seitens des Landwirtes Hoting wird unter anderem eine Verlängerung des vorhandenen Lärmschutzwalls an der westlichen Plangrenze gefordert. Durch das Lärmgutachten wird dargelegt, dass eine solche Maßnahme nicht erforderlich ist. Nicht das neue Baugebiet, sondern das vorhandene Wohnhaus Hohe Brink 45 schränkt den Landwirt bereits heute immissionsschutzrechtlich ein, sodass durch die Realisierung des Plangebietes 63 F keine Schallschutzmaßnahmen erforderlich sind. Hinsichtlich der weiteren Argumentation in diesem Zusammenhang wird auf den Abwägungsvorschlag (siehe Anlage 1) verwiesen.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange können nunmehr unter Berücksichtigung der Abwägungsvorschläge durchgeführt werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Behördenbeteiligung	Öffentliche Auslegung/ Behördenbeteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 01.10.07 VA 16.10.07	23.10.07- 23.11.07	05.02.08-05.03.08	Ratssitzung am N.N.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen
5. Hinweise
6. Örtliche Bauvorschriften